

Aung San Suu Kyi wieder inhaftiert

Am Abend des 30. Mai 2003 ereignete sich in einem Dorf des township Depayin in der Sagaing-Division im nördlichen Burma ein Zusammenstoß zwischen Anhängern und Gegnern des im Lande herrschenden Militärregimes. Anlass war der Besuch der Führerin der oppositionellen National League for Democracy (NLD) Aung San Suu Kyi in der Region. Sie befand sich auf der Rückfahrt einer am 6. Mai begonnenen und für einen Monat geplanten Reise in den nördlichsten Kachin-Staat. Bei dem Zusammenstoß gab es Tote und Verletzte. Im Anschluss an die Auseinandersetzung wurden die Oppositionsführerin und mindestens 18 ihrer Anhänger verhaftet. Aung San Suu Kyi wurde in die Hauptstadt Rangun gebracht und wird dort immer noch in Schutzhaft (protective custody) gehalten. Der mit ihr reisende stellvertretende Parteivorsitzende, der 87-jährige U Tin U, wird seitdem an Orten in der Nähe der Stelle, an der der Zusammenstoß stattfand, festgehalten. Der Sondergesandte der UN, Ismail Razali, stattete Aung San Suu Kyi Anfang Juni einen kurzen Besuch ab und teilte mit, dass sie sich bei guter Gesundheit befinde. Mitglieder des Internationalen Roten Kreuzes besuchten sie ebenfalls sowie U Tin U und andere Inhaftierte.

Über den Ablauf, die Anzahl der Toten, Verletzten und Verhafteten sowie die Hintergründe des Vorfalles gibt es unterschiedliche Versionen. Nach offiziellen Angaben gab es vier Tote und 50 Verletzte. Von Seiten der Opposition wurden die Zahlen von 70 Toten und 200 Verletzten genannt. Die Darstellung der regierenden Militärjunta, des State Peace and Development Council (SPDC), wurde auf einer Pressekonferenz am 31. Mai bekannt gegeben und danach von den Botschaften des Landes im Ausland verbreitet. Die Regierung veröffentlichte außerdem einen zwölfteiligen Bericht über die Vorgeschichte der Vorfälle, der angeblich aus der Feder eines NLD-Anhängers stammt und auf Grundla-

ge der Begleitung der Reise durch den Geheimdienst geschrieben wurde.

Von Seiten der Opposition im Lande konnte es aus Burma selbst keine Stellungnahme mehr geben, da die Telefonverbindungen des zentralen Büros der NLD in Rangun ins Ausland unterbrochen wurden und der bisherige Pressesprecher der NLD und Verbindungsmann zur Regierung, U Lwin, somit keine Erklärungen mehr abgeben konnte. Dafür verbreiteten zahlreiche internationale Medien Darstellungen der Ereignisse, die sich auf Augenzeugenberichte stützten. Eine Zusammenfassung davon publizierten ALTSEAN, das 1996 – ein Jahr vor dem Beitritt Burmas zum ASEAN-Bündnis – gegründete »alternative ASEAN-Netzwerk zu Birma«, am 11. Juni mit einem update am 24. Juni und die im Exil arbeitende National Council of the Union of Burma (NCUB), die eine Kommission zur Untersuchung des Vorfalles einsetzte.

Dem Vorfall waren Störungen früherer Reisen Aung San Suu Kyis vorangegangen, die sie seit ihrer Freilassung aus dem Hausarrest im Mai 2002 innerhalb Burmas unternommen hatte. Erste Berichte solcher Beeinträchtigungen gab es seit der Reise in den Schan-Staat im November 2002. Bei den folgenden Reisen in die Rakhine- (Arakan-) und Chin-Staaten im Dezember 2002 und im April 2003 gab es eine Eskalation. Die Behörden warnten nach den Berichten der Opposition die Bevölkerung, die Oppositionsführerin und ihre Begleitung bei ihren Reisen nicht zu begrüßen. Weiter wurde berichtet, dass Anhänger der von der Regierung ins Leben gerufenen Jugendorganisation Union Solidarity and Development Association (USDA), die landesweit 16 Millionen Mitglieder zählt, mit Plakaten und gewaltvollen Aktionen gegen Aung San Suu Kyi und ihre Partei protestierten.

Nach der Reise in den Chin-Staat gab die Regierung eine Erklärung heraus, in der versichert wurde, sie habe weiterhin

»volles Vertrauen« in Aung San Suu Kyi. Die Generalsekretärin der NLD beantwortete dies eine Woche später mit der Erklärung, angesichts der jüngsten Entwicklungen müssten sie und ihre Partei »die Integrität des SPDC und deren Ernsthaftigkeit, nationale Versöhnung zu erreichen, bezweifeln«. Diese verbale Auseinandersetzung bezog sich darauf, dass nach Ansicht der Opposition, ihrer ausländischen Unterstützer und auch der UN-Vermittler Razali und Pinheiro keine Fortschritte im politischen Dialog zwischen beiden Seiten zu erkennen seien.

Die Inhaftierung Aung San Suu Kyis wurde von den westlichen Staaten verurteilt. Die Vereinigten Staaten verschärften ihren Boykott gegenüber Burma. Die ASEAN-Staaten forderten auf ihrer Mitte Juni abgehaltenen Außenministerkonferenz in Phnom Penh die Regierung Burmas auf, den Prozess der »nationalen Aussöhnung und des Dialogs mit allen Parteien, die es angeht, wiederaufzunehmen«. Weiter wurde erwartet, dass die erfolgten Restriktionen alsbald wieder aufgehoben würden. Dies wurde von der burmesischen Regierung jedoch als eine Abkehr von der traditionellen Politik der Nichteinmischung des Bündnisses angesehen.

Konkrete Auswirkungen der internationalen Reaktionen auf die Politik der burmesischen Regierung blieben vorerst aus. Es sieht danach aus, als stehe die Politik Burmas – einmal wieder – vor einem Neuanfang.

vgl. www.myanmar.com/press/press2003/31-5-03press/May31press2.html (Pressekonferenz), *New Light of Myanmar* 5-10.; 15.-17.; 21-23.7. 2003; zur Darstellung der Opposition siehe: www.ibiblio.org/obl/docs/BlkFriupdatejun24.pdf (ALTSEAN) und www.ibiblio.org/obl/docs/Depayin_Massacre.pdf (NCUGB). -

nachrichten

Neue Panzer

50 Panzer, die der *State Peace and Development Council* (SPDC) in der Ukraine erstanden hat, sind in Rangun angekommen. Wie eine Quelle innerhalb der burmesischen Armee der *Democratic Voice of Burma* (DVB) verriet, wurden die Panzer vom Typ 72 für die Schützenpanzer-Division gekauft. Alle Panzer sollen auf dem Weg zum Ba-Htoo-Armeestützpunkt in Mandalay sein.

Anfang August 2003 sind Trainingseinheiten geplant, die einen Monat dauern sollen. Die Regimenter 505, 606, 707, 808, 909, 903 und 905 sollen an dem Training teilnehmen.

Die Regierung soll außerdem 29 MIG-Flugzeuge in Russland gekauft haben, aber es scheint das erste Mal zu sein, dass Burma Militärausrüstung in der Ukraine kauft. Burma rüstet sein Militär regelmäßig im benachbarten China aus.

vgl. *Democratic Voice of Burma* (DVB), 29.7.2003

Eine Analyse zur Vorgeschichte der Verhaftung Aung San Suu Kyi von Hans-Bernd Zöllner findet sich auf den Burma-Seiten des Asienhauses. Der Artikel findet sich unter www.asienhaus.de/burma/analysen/lueckenhafte_chronik.doc.

nachrichten

Euro statt Dollar

Knapp einen Monat, nachdem die USA im Rahmen ihrer Sanktionen gegen Burma eine Sperre gegen Überweisungen nach Burma verhängt haben, versucht die burmesische Regierung ihre bisher durch den Dollar dominierten und meist von amerikanischen Banken geführten wirtschaftlichen Transaktionen auf Euro umzuwandeln. Der Euro wird die neue Leitwährung, Regierungsbehörden und Privatunternehmen wurden angewiesen, Import und Export vornehmlich über Euro, notfalls auch japanische Yen und Singapore Dollars laufen zu lassen.

Auch ausländische Reisende sind nicht länger verpflichtet, bei Ankunft am Flughafen 200 Dollar in Foreign Exchange Certificates (FEC) umzutauschen, wie es seit 1993 Vorschrift war.

vgl. *BBC News* 15.8.03, *Irrawaddy* 21.8.03

Rock-Export

Die Heavy-Metal-Band »Iron Cross« möchte den amerikanischen Markt für sich erschließen. Trotz der internationalen Sanktionen aufgrund der Festnahme von Aung San Suu Kyi wollen sie eine Tour nach New York, San Francisco und Los Angeles starten. Die Songs handelten von »Liebe, dem Leben, von Erfahrungen und solchen Dingen«. Die Zensurbehörde war jedoch sofort zur Stelle gewesen, als 1995 ein Album »Power 54« benannt werden sollte. 54 ist die Hausnummer von Aung San Suu Kyis Wohnsitz auf der University Avenue. Das Album wurde schlicht in »Power« umbenannt.

vgl.: *Reuters*, 15.7.2003

Jahrestag verläuft ruhig

Der Jahrestag von Burmas blutig beendetem pro-demokratischen Volksaufstand im Jahre 1988 verlief sehr ruhig. In dieser Zeit politischer Spannungen, während die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi in Haft sitzt, gab es keine öffentlichen Kundgebungen. Die Militärregierung ist nach den Zusammenstößen vom 30. Mai 2003 im Norden Burmas in höchster Alarmbereitschaft, was jegliches Zeichen von Dissens betrifft.

Des Aufstandes vom 8. August 1988, der als der 8-8-88 Vorfall bekannt ist und Hunderte von Protestierenden das Leben kostete, wurde nur mit Gebeten für die Toten und Lebensmittelspenden an buddhistische Mönche gedacht. In der thailändischen Hauptstadt Bangkok — an wichtigen Jahrestagen normalerweise Schauplatz von Protesten von Burmesen, die im Exil leben — wurden politische Dissidenten in

diesem Jahr ebenfalls zum Schweigen gebracht. Trotzdem protestierten 30 Demonstranten des Joint Action Committee for Democracy in Burma ruhig vor dem Gebäude der Vereinten Nationen. Sie forderten Suu Kyis Freilassung und drängten die USA und die Europäische Union, mehr für ihre Freiheit zu tun.

Eine Koalition von pro-demokratischen Gruppen besuchte zudem die Botschaften der Mitgliedsländer der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) in Bangkok, um einen offenen Brief abzugeben, der davor warnte, dass Burma die gesamte Gemeinschaft in Diskredit bringen könne. »Wir stellen jedoch erfreut fest, dass seit dem 30. Mai die ASEAN gezeigt hat, dass sie als Organisation reifer geworden ist in ihrer Fähigkeit regionale Bedenken anzusprechen und nicht länger über die Lage in Burma schweigt«, heißt es weiter in dem Brief.

Der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad sagte vergangenen Monat, dass Burma als letzte Konsequenz aus der Organisation ausgeschlossen werden könnte, wenn es sich weiterhin nicht dem internationalen Druck beuge, Aung San Suu Kyi freizulassen. Der ASEAN-Ausschluss wurde als Option genannt, falls sich das Regime weiterhin weigert der ASEAN-Forderung nachzukommen. ASEAN könne diese Option nur wählen, wenn der Ruf nach der Freilassung Daw Aung San Suu Kyis weiter verhalte und der Pfad zum Dialog nicht beschrittenwürde, heißt es in dem offenen Brief weiter.

vgl.: *Agence France Presse*, 8.8.2003

Kabinett neu sortiert

Herausgeber des Irrawaddy. Ob er als Militärgesheimdienstchef abgesetzt wird, ist noch unklar, doch dann wäre Khin Nyunt ein General ohne Armee, so Aung Zaw weiter.

Andere Beobachter betrachten die Versetzung Khin Nyunts jedoch als eine Beförderung. Denn seine neue Aufgabe könnte zu großen Veränderungen in der Politik und zur Wiederaufnahme der Gespräche mit der Opposition führen. Sie begründen ihre Position auch damit, dass eine Reihe neuer Minister zu seiner Unterstützung ernannt wurden, darunter sein enger Vertrauter vom Geheimdienst, General Thein Swe.

Khin Nyunt, enger Vertrauter des früheren Diktators Ne Win, gilt als »moderat« innerhalb der Führungsriege. Auf u.a. sein Wirken sollen die UN-geleiteten vertrauensbildenden Gespräche mit Aung San Suu Kyi im Oktober 2000 zurückzuführen sein. Darüber hinaus hat er eine Reihe von Waffenstill-

standsabkommen mit ethnischen Rebellenarmeen zustande gebracht.

Außerdem sind eine Reihe von Ministern in die Pension entlassen und mehrere Ministerposten neu besetzt worden.

Veranlasst hat die Neuordnung des Kabinetts Senior-General Than Shwe, der den Posten des Premierministers abgegeben hat. Aber er bleibt als Vorsitzender des SPDC und Oberbefehlshaber des Militärs die mächtigste Figur im Land. Von Beobachtern wird die Beförderung Soe Wins, der hinter dem Zusammenstoß am 30. Mai stehen soll, als weiterer Schritt gewertet, die Vormachtstellung Than Shwes zu festigen.

vgl. *Xinhuanet* 25.8.03, *Agence France Presse* 26.8.03, *Irrawaddy* August 26.8.03